

Verantwortliche Redakteure.

Für den politischen Theil: G. Fontane, Mr. Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach, Für den übrigen redakt. Theil: J. Hasfeld, sämtlich in Posen. Verantwortlich für den Inseratenthail: J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ...

Nr. 301

Sonnabend, 2. Mai.

1891

Deutscher Reichstag.

112. Sitzung vom 1. Mai, 2 Uhr. (Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Vor der Tagesordnung erklärt Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antisemit) mit Bezug auf die geistige Rede des Abg. Münch, er sei vor 18 Jahren als Offizier in Wucherländer gerathen, weil er einem Kameraden jüdischer Abkunft aus der Noth geholfen habe.

Abg. Münch (dfr.) erwidert, diese Erklärung stimme mit dem Inhalt der in seinem Besitz befindlichen Akten nicht überein und legt diese Akten zur Kenntniss der Mitglieder auf den Tisch des Hauses nieder.

Darauf erledigte das Haus durch Kenntnissnahme den Bericht der Reichsschuldenkommission und tritt hierauf in die zweite Berathung der Branntweinsteuernovelle ein. Artikel 1 erhöht das Kontingent des zum niedrigeren Steuerfusse von 50 M. herzustellenden Branntweins für die Brennereien mit bis 1050 Liter täglicher Produktion um ein Fünftel.

Ein Antrag Dr. Barth (dfr.) will die Differenzierung der Branntweinsteuer beibehalten und die Konsumsteuer einheitlich auf 50 M. festsetzen, eine Resolution Dr. Barth die Maischbottich- und Materialsteuer überhaupt beibehalten.

Ein Antrag v. Schalscha (Ztr.) will dem Besitzer mehrerer nicht mehr als 4 Kilometer von einander entfernten Brennereien gestatten, seinen sämtlichen kontingentirten Branntwein in einer einzigen Brennerie zu brennen.

Abg. Dr. Barth (dfr.): Wir beantragen die Beibehaltung der ganzen Differentialbesteuerung des Branntweins, trotzdem wir wissen, daß unter Antrag augenblicklich eine Mehrheit noch nicht finden wird. Die Erfahrungen auch mit der Zuckersteuer haben uns belehrt, daß eine Reform radikal sein muß.

Abg. Dr. Barth (dfr.): Wir beantragen die Beibehaltung der ganzen Differentialbesteuerung des Branntweins, trotzdem wir wissen, daß unter Antrag augenblicklich eine Mehrheit noch nicht finden wird. Die Erfahrungen auch mit der Zuckersteuer haben uns belehrt, daß eine Reform radikal sein muß.

Abg. Dr. Barth (dfr.): Wir beantragen die Beibehaltung der ganzen Differentialbesteuerung des Branntweins, trotzdem wir wissen, daß unter Antrag augenblicklich eine Mehrheit noch nicht finden wird. Die Erfahrungen auch mit der Zuckersteuer haben uns belehrt, daß eine Reform radikal sein muß.

Abg. Dr. Barth (dfr.): Wir beantragen die Beibehaltung der ganzen Differentialbesteuerung des Branntweins, trotzdem wir wissen, daß unter Antrag augenblicklich eine Mehrheit noch nicht finden wird. Die Erfahrungen auch mit der Zuckersteuer haben uns belehrt, daß eine Reform radikal sein muß.

Abg. Dr. Barth (dfr.): Wir beantragen die Beibehaltung der ganzen Differentialbesteuerung des Branntweins, trotzdem wir wissen, daß unter Antrag augenblicklich eine Mehrheit noch nicht finden wird. Die Erfahrungen auch mit der Zuckersteuer haben uns belehrt, daß eine Reform radikal sein muß.

Abg. Dr. Barth (dfr.): Wir beantragen die Beibehaltung der ganzen Differentialbesteuerung des Branntweins, trotzdem wir wissen, daß unter Antrag augenblicklich eine Mehrheit noch nicht finden wird. Die Erfahrungen auch mit der Zuckersteuer haben uns belehrt, daß eine Reform radikal sein muß.

Abg. Dr. Barth (dfr.): Wir beantragen die Beibehaltung der ganzen Differentialbesteuerung des Branntweins, trotzdem wir wissen, daß unter Antrag augenblicklich eine Mehrheit noch nicht finden wird. Die Erfahrungen auch mit der Zuckersteuer haben uns belehrt, daß eine Reform radikal sein muß.

dringendes Interesse der Allgemeinheit, daß mit dieser Liebesgabe so bald als möglich ausgeräumt wird, deshalb werden wir nicht ruhen und rasten, ehe wir diesen Pflahl aus dem Fleisch unserer Steuererhebung herausgezogen haben.

Abg. Graf v. Kleist (Schmzin, L.) befreit, daß es sich um eine Liebesgabe an die Brenner handle. Eine Beibehaltung der Differentialfusse würde die Brennereien ruinieren, mit ihnen aber die Existenz einer zahlreichen armliehen Bevölkerung, deren Kartoffeln in den Brennereien verwertet würden, und ebenso die viele Tausende von Kartoffelarbeitern.

Abg. Stadthagen (Soz.) tritt für den Antrag Barth ein. Den Brennern werde nur der Beutel gefüllt. Eine Verbrauchsabgabe auf Branntwein sei überhaupt nicht gerechtfertigt.

Abg. Dr. Buhl (nl.) erklärt sich für die Vorlage. Eine Reform der Branntweinsteuer sei nöthig, aber so radikal wie der Antrag Barth es wolle, könne man nicht vorgehen, ohne große Produktionskreise zu ruinieren. Die Brenner müßten für den Konsumrückgang entschädigt werden.

Abg. v. Schalscha (Ztr.) ist der Ansicht, daß die großen Brenner von der Liebesgabe nur Nachteile hätten, daß diese aber nöthig seien im Interesse der kleinen landwirtschaftlichen Brennereien. Redner befürwortet sodann seinen Antrag, welcher für Besitzer mehrerer Brennereien eine große Erleichterung sein und auch dem Fiskus die Beaufsichtigung erleichtern würde.

Schatzsekretär v. Melchior: Zur Zeit ist nach den bisherigen Erfahrungen es nicht angebracht, an den Grundlagen der bestehenden Branntweinbesteuerung zu rütteln. Es sollten nur Mängel beseitigt werden, über deren Vorhandensein Einstimmigkeit herrsche. Die Regierung werde die Kommissionsbeschlüsse acceptiren, nicht aber darüber hinausgehende Beschlüsse. Vollkommen unannehmbar sei der Antrag Barth, aber auch der Antrag v. Schalscha, welcher im Widerspruch stehe mit den Vertheilungsgrundsätzen, die der Bundesrath für die Kontingentirung aufgestellt habe.

Abg. Münch (dfr.) betont nochmals die prinzipielle Gegnerschaft der freisinnigen Partei gegen die Kontingentirung, erklärt aber für den Fall der Ablehnung des Antrages Barth für den Antrag Schalscha stimmen zu wollen, da dieser wenigstens eine kleine Erleichterung der kleinen Brenner darstelle.

Abg. Hug (Ztr.) protestirt dagegen, daß die Differenzierung der Steuer ein Geschenk an die Brenner sei. Von einer Preissteigerung um die vollen 20 M. könne nicht die Rede sein. Ein einheitlicher Satz würde die süddeutschen Brenner vollständig ruinieren.

Abg. Dr. Barth (dfr.) erwidert, daß die Berechtigungscheinethatächlich die volle Differenz in die Taschen der Brenner bringe. Der Berechtigungschein sei so gut wie ein Zwanzigmarkstücken.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird unter Ablehnung der Anträge Dr. Barth und v. Schalscha Artikel I. mit einem redaktionellen Antrage Dr. Buhlangenommen.

Bei der Berathung über Artikel II. (Gebührenfreiheit der Steuerkontrolle der Brennereien und Branntweinreinigungsanstalten) und die dazu gestellten Anträge Dr. W. Witte (dfr.), welcher auch die Steuerkontrolle der Privatlager gebührenfrei machen will und Antrag Lender (Ztr.), einen Hausrunk von 20 Liter für die Brennereien mit einer Jahresproduktion von höchstens 1 Hektoliter (lediglich süddeutsche Brennereien) nur mit einer Konsumsteuer von 0,25 Mark pro Liter zu belasten.

Darauf verlag sich das Haus. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr (Fortsetzung; keine Vorlagen und Antrag Dr. Hirsch betr. Genossenschaften). Schluß 6 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

79. Sitzung vom 1. Mai, 11 Uhr. (Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

In nochmaliger zweiter Abstimmung wird das Wahlgesetz endgültig angenommen, und darauf die Berathung des Justizetats bei der gestern abgebrochenen Verhandlung über die Forderung einer neuen Senatspräsidentenstelle am Oberlandesgericht zu Breslau fortgesetzt.

Abg. Simon v. Baitrow (toni.) tritt für die Bewilligung der Forderung ein. Die Gründe, welche dagegen vorgebracht worden, seien rein persönlicher Natur gewesen. Wollte man dem Ablehnungsantrag Folge geben, so würde man sich auf eine abschüssige Bahn begeben, und sich in eine Einmischung des Parlaments in Fragen der Verwaltung einlassen. Die gegen den Oberlandesgerichtspräsidenten in Breslau erhobenen Vorwürfe seien nicht bewiesen. Das Vertrauen zu der Justizverwaltung erfordere die Genehmigung der Position, nachdem von Seiten der Justizverwaltung die Dringlichkeit derselben nachgewiesen worden sei.

Abg. Munkel (dfr.) fragt an, ob die Justizverwaltung ihre Informationen über die Bedürfnisfrage auch anderswoher gebohlt habe, als nur vom Oberlandesgerichtspräsidenten selbst, ob man insbesondere auch die Senatspräsidenten befragt habe. Das Haus habe durchaus das Recht und die Pflicht, die Verwaltungsthätigkeit des Herrn zu kritisiren. In dem Oberlandesgerichtsbezirk Breslau herrschten doch außergewöhnliche Zustände, der Präsident brauche zur Revisionsarbeit verhältnismäßig sehr viel mehr Zeit als andere Präsidenten, und wenn der Erfolg dieser Revisionsarbeit darin bestehe, daß Verfügungen erlassen würden wie die gestern besprochene, dann könne man eine Einschränkung nur wünschen.

Reg.-Kom. Eichholz erklärt, daß die Senatspräsidenten allerdings nicht befragt seien, weil das nicht üblich sei. Daß die Darstellung des Oberlandesgerichtspräsidenten keine einseitige sei, bewiesen die zahlenmäßigen Nachweisungen.

Abg. Korsch (toni.) sieht in den Reden Friedbergs und Mundels den deutlichen Beweis, daß die Ablehnung aus persönlichen Gründen erfolge, und daß die Verneinung der Bedürfnis-

frage nur eine dekorative Bedeutung habe. Nicht der Oberlandesgerichtspräsident, sondern die Gerichtsetzungen verlangten, daß das erforderliche Beamtenpersonal so vermehrt werde, daß die Geschäfte schnell erledigt werden könnten. Das Aufsichtsrecht des Oberlandesgerichtspräsidenten dürfe man nicht beschränken. Es sei unerhört, daß eine sachlich begründete Forderung wegen Ausstellungen an der Person des zeitweiligen Beamten verweigert werde.

Abg. Steffens (dfr.) sucht nachzuweisen, daß kein Bedürfnis für die Vermehrung vorliege. Abg. Graf Limburg-Sturum (toni.) spricht als Schlesier für die Forderung.

Abg. Dr. Friedberg (natlib.) Die Organisation der Behörden interessire das Haus allerdings, wenn von ihm Geld verlangt werde. Daß persönliche Gründe für ihn maßgebend seien, bestreite er entschieden. Das Justizministerium scheine eine gewisse Scheu zu haben, dem Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten wegen seiner vielen Dienstreisen Vorstellungen zu machen, denn es habe in der Kommission die Auskunft über den Umfang der Dienstreisen verweigert. In Schlesien seien die Dienstreisen des Herrn v. Kunowski bereits dem unfreiwilligen Sumor verfallen. Die Breslauer Zeitung führe mit besonderem Vergnügen über die Abreise und Rückkehr des Herrn Buch.

Abg. Lize (natlib.) ist aus sachlichen Gründen für die Bewilligung. Würde eine andere Persönlichkeit Präsident sein, so würde die Forderung gar nicht beanstandet worden sein. (Sehr richtig! rechts.)

Die Debatte wird geschlossen. Die Abstimmung findet erst später bei der Abstimmung über das gesammte Kapitel statt.

Die Debatte wird nun über die Oberlandesgerichte im Allgemeinen eröffnet.

Abg. Febr. v. Hammerstein bringt den Hildesheimer Fall zur Sprache, wo Referendare durch Beförderung gemäßigter seien, weil sie einen jüdischen Referendar nicht in ihre Tischgesellschaft hätten aufnehmen wollen. Eine solche Maßregelung sei vielleicht bei Schulungen angebracht, nicht aber bei Leuten, welche die Universität absolvirt und zum Theil Angehörige des Offizierkorps seien. Durch solche Maßnahmen würden die besseren Elemente der Justizkarriere ferngehalten. (Lebhaft Zustimmung rechts.) Der Oberstaatsanwalt habe die bei ihm beschäftigten Referendare nicht verweist. Er frage den Minister, wer recht gehandelt habe, der Oberstaatsanwalt, welcher nicht verweist, oder der Oberlandesgerichtspräsident v. Gardeleben, welcher verweist? (Weiterkeit.) Er bitte jedenfalls, die Anträge auf Zurückversetzung zu berücksichtigen.

Justizminister Dr. v. Schelling will, so peinlich es ihm sei, eine Antwort nicht verjagen. Der Referendar Benzen sei von der Tischgesellschaft abgelehnt worden, weil er mosaischen Glaubens war. Der Oberlandesgerichtspräsident von Celle habe darin eine antijüdische Demonstration gesehen (Lachen rechts) und deshalb die Verweisung nicht als Disziplinarmaßregel, sondern im Interesse der Dienstaufsicht angeordnet. Von den bei der Oberstaatsanwaltschaft beschäftigten Referendaren habe sich der Eine gar nicht an der Abstimmung betheiligt, die beiden Anderen hätten glaubhaft nachweisen können, daß ihre Abstammung nicht einer grundsätzlichen Abneigung entsprungen sei. (Große Heiterkeit.) Im Prinzip trete er der Auffassung des Oberlandesgerichtspräsidenten bei, daß es Aufgabe der Justizverwaltung sei, für ein kollegiales Verhältnis der Referendare zu sorgen. Indeß hätte den Referendaren Gelegenheit gegeben werden müssen, sich zu rechtfertigen. Es sei ja die Möglichkeit vorhanden gewesen, daß nicht eine grundsätzliche Abneigung gegen die Angehörigen einer anderen Konfession, sondern eine Antipathie gegen die einzelne Person vorgelegen. Er habe das dem Präsidenten mitgetheilt. Eine Zurückversetzung empfehle sich nicht, denn die nachtheiligen Folgen, welche die Verweisung für die Ausbildung der jungen Leute habe, würden dadurch noch verstärkt werden.

Abg. Brandenburg (Ztr.): Ich stehe in Bezug auf die Hildesheimer Angelegenheit auf Seiten des Herrn v. Hammerstein. Es ist ein unheilvoller Zustand, daß die Justiz genöthigt ist, allerlei Elemente aufzunehmen, welchen zur Zeit sich andere Karrieren noch verschließen. Das gilt vor Allem von den Juden. Gelehrte sind ja die Unterchiede aufgehoben. Sie haben das volle jus honorum. Aber es ist nicht überall gelungen, die Minderachtung im Volke ganz zu überwinden. Wir müssen vor Allem die Autorität der Beamten wahren, und dazu gehört, daß bei allen Aemtern gleichmäßig verfahren wird, oder man giebt durch eine einseitige Zulassung zu erkennen, daß die betreffende Amtsstelle ein minderes Maß von Ansehen und Ehre zu beanspruchen hat. Dagegen ist eine Selbstvertheidigung nöthig. Zunächst ist diese ja Sache der Ressortverwaltung; soweit es aber von dieser nicht durchzusetzen ist, auch der einzelnen Beamten, natürlich in ziviler Form. (Lachen links.) Die Justiz befindet sich in diesem Nothstande. (Abg. Richter: Das ist gegen die Gleichberechtigung der Konfessionen.) Und so ist es im Hildesheimer Fall. Es war mir gestern erfreulich zu hören, daß eine Aenderung der Justizgesetze in Aussicht genommen ist, und ich hoffe, daß eine Remedur in dieser Beziehung eintreten wird. Ich bin nicht gegen eine Zulassung der Juden in alle Aemter überhaupt, sondern gegen die Zulassung in die Justiz. (Beifall rechts.) (Abg. Richter: Die Katholiken wollen Sie, die Juden nicht.)

Abg. Lubrecht (nationall.) kann als Hildesheimer keiner Partei Recht geben. Zweifelloß hänge die Sache mit dem Antisemitismus zusammen, und eine Erörterung derselben könne nur zu Ausschreitungen führen. Redner erklärt sich für einen Gegner des Antisemitismus. Der Antisemitismus, wie er sich in dem Verhalten der Wanderredner kundgiebt, das Verhalten der antisemitischen Missionare ist nicht im Stande, einen Wandel zum Besseren zu schaffen, sondern dient nur dazu, Haß zu schaffen, die Begehrtheit der einen Klasse nach den Glücksgütern der anderen aufzuregen. Der Antisemitismus widerspricht auch dem Rechtsgefühl und ist unchristlich. Wo die Abspaltung des Antisemitismus aufgetreten sind, da ist der Friede zerstört worden. Das Beispiel meiner Vaterstadt Hildesheim beweist das am besten. Der Oberlandesgerichtspräsident hat vollkommen



Recht, wenn er die Referendare bestraft hat, weil sie aus Antisemitismus gehandelt haben. Auf der anderen Seite aber muß das Recht einer geschlossenen Gesellschaft gewahrt werden. Nachdem der Referendar seine Meldung trotz vorheriger Warnung aufrecht erhalten hat, hat er viel weniger Sympathie für mich. Dadurch wird die Sache zu unwichtig, um die kostbare Zeit des Hauses zu vergeuden.

Abg. Stöcker (kons.) hält dem Vorredner einen Widerspruch des Anfangs seiner Rede mit dem Schluß vor. Wohin sind wir in Preußen gekommen, wenn eine freie Vereinigung in dieser Weise behandelt wird. Zu dieser Vereinigung gehörten auch Männer anderen Standes. Wer weiß denn, ob gerade ein Referendar den Ausschlag für die Ausschließung gegeben hat. Daß die Mitglieder einer freien Vereinigung in dieser Weise verhöhrt werden, widerspricht jeder Vorstellung von Zivilisation und Freiheit. (Beifall rechts. Lachen links.) Auch Christen sind von der Tischgesellschaft abgelehnt worden; da aber hat sich Niemand eingemischt, sondern nur, wenn es ein Jude ist. Man will die Juden zu einer Art höheren Wesens machen, deren Ansehen man mit staatlichen Mitteln durchsetzt. Geht das so weiter, so kommen wir dahin, daß die ganze juristische Karriere von Juden aufgefüllt und kein christlicher Referendar mehr übrig bleibt. (Beifall rechts. Gelächter links.)

Abg. Böttcher (Zentr.): Wenn die Ablehnung aus lediglich antisemitischen Gründen erfolgt wäre, so müßte ich das bedauern. Ich bedauere aber, daß nicht eine Untersuchung eingeleitet wurde, und daß der Oberlandesgerichtspräsident einseitig ohne Rücksprache mit dem Oberstaatsanwalt vorging.

Die Rede des Abg. Brandenburg ist als eine antisemitische aufgefaßt worden, und ich habe auch diesen Eindruck gewonnen; ich theile aber diese Anschauung, und so viel ich weiß, viele oder fast alle meiner Freunde nicht. Ich glaube, Herr Brandenburg hat nicht sagen wollen, daß weil zu anderen Karrieren Juden nicht zugelassen werden, das auch bei der Justiz der Fall sein soll, sondern daß gesetzlich für alle Ressorts gleiche Bahnen geschaffen werden soll.

Minister v. Schelling erwidert dem Abg. Stöcker, daß er das Recht einer geschlossenen Tischgesellschaft wohl anerkenne, aber im Prinzip die Auffassung des Oberlandesgerichtspräsidenten für richtig erklärt habe, daß die Referendare mit einander ein kollegiales Verhalten zu beobachten haben.

Abg. Munkel: Wir hätten diese Angelegenheit mit der ersten Erklärung des Ministers erledigen können, der von einem auch von mir nicht anerkannten Vorrecht jüdischer Referendare nicht gesprochen hat. Ich nehme nur Veranlassung, mich hier zu äußern, weil es Abgeordnete giebt, die die Berechtigung einer antisemitischen Demonstration betonten. Herr Brandenburg sprach über ein Mißverhältnis der Justizverwaltung, welche Juden zulasse da, wo man andere zurückweise, von einem Mindermaß der Achtung, dessen sich die Befürworter der jüdischen Religion, die Abkömmlinge israelitischer Abstammung zu erfreuen haben. Wenn ein solches Vorurtheil thatsächlich außerhalb der antisemitischen Kreise vorhanden wäre, so müßte es im Anschluß an die Gesetzgebung beseitigt werden. Herrn Brandenburg ist es nicht darum zu thun, den jüdischen Glaubensgenossen auch andere Ressorts, etwa speziell das militärische (Weiterkeit) zu eröffnen. Mir ist es auch nicht bekannt, daß das juristische Ressort eine geringere Absperrung gegen die Juden als alle anderen hätte. Wäre das der Fall, so würde ich mich desto mehr freuen, diesem Ressort anzugehören. Aber er agitirt dafür, einstweilen im Justizressort dieselbe Zurückhaltung walten zu lassen,

wie sie sonst vorhanden ist, und aus diesem Grunde leitet er für die Referendaren das Recht her, wenn die Gesetzgebung sie im Stiche lasse, sich selbst im Wege des gesellschaftlichen Boykotts derer zu erwehren, die sie nicht möchten. Das rüth Herr Brandenburg zukünftigen Richtern. Die einzige Frage kann nur die sein, ob der Oberlandesgerichtspräsident sicher sein könnte, das Richtige getroffen zu haben. War das der Fall, handelte es sich um einen Akt antisemitischer Demonstration, dann hat er in Konsequenz seiner Auffassung auch das Richtige getroffen.

Abg. Brandenburg: Ich scheine mißverstanden zu sein. Ich habe nichts weniger als eine antisemitische Rede halten wollen. Ich bitte Sie meine Rede zu lesen. (Lachen links.) Ich habe mich keineswegs gegen die Zulassung des jüdischen Elements überhaupt, sondern nur gegen die einseitige Zulassung zur richterlichen Karriere ausgesprochen.

Abg. Dr. Sattler (nl.): Die Rede des Abg. Brandenburg war eine antisemitische, denn sie lief doch im Grunde auf eine Beschränkung der Juden hinaus. Da ich mit dem Vater des Referendar Bentheim befreundet bin, kann ich zuverlässig erklären, daß letzterer, als ihm mitgeteilt war, daß ein Mitglied der Tischgesellschaft entschieden gegen seine Aufnahme sein würde, auf die Meldung zur Aufnahme verzichtet hat, und erst, als im Laufe der Zeit jene Persönlichkeit verjest war, hat er sich gemeldet. Ich bedauere, daß diese Familie, die seit Jahrzehnten sich bemüht hat, ohne Vorbehalt im deutschen Wesen aufzugehen, von einem Ausbruch einer derartigen antisemitischen Gesinnung betroffen ist.

Abg. Richter (fr.): Herr Brandenburg hat den Eindruck seiner ersten Rede absolut nicht vermisst. Sie war eine durchweg antisemitische, und ich bedauere, daß ein Mitglied der Partei, die für Wahrheit, Recht und Verfassung eintritt, an den Grundlagen unserer Verfassung so rütteln kann. Seine Rede war doch nur eine Aufforderung an den Justizminister, die Juden nicht zu befördern und zuzulassen. Ist es Jhnen denn an den 2 Oberlandesgerichtsräthen, die der Justizminister ernannt hat, schon zu viel? Vielleicht theilt der Justizminister das Verhältnis der Zahl der christlichen und jüdischen Richter mit. Wohin sind wir gekommen, daß derartige Debatten möglich sind wie gestern hier und im Reichstag? 1869 wurde der Antrag der Fortschrittspartei auf Gleichberechtigung der Konfessionen im bürgerlichen und staatsbürgerlichen Leben ohne Widerspruch angenommen, und Abg. Windthorst trat vor allem dafür ein. Es wäre sehr gut, wenn seine Worte bei allen Mitgliedern seiner Partei im Gedächtniß blieben.

Abg. Dr. Brühl (Ztr.) kann in der Zurückweisung des Referendars wegen seines Glaubens nicht eine antisemitische Demonstration sehen und auch kein antilegales Verhalten darin finden. Zudem sei ja vom Oberlandesgerichtspräsidenten keine Nachforschung angefordert worden über die Gründe der Zurückweisung. Ein ungesetzliches Verhalten der ablehnenden Tischgesellschaft sei nicht nachzuweisen.

Die Diskussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt Abg. Lubrecht, daß die Ausführungen des Abg. Stöcker nicht den Eindruck christlicher Liebe gemacht hätten.

In der Abstimmung wird die Forderung für den neuen Senatpräsidenten gegen die Stimmen der Konservativen, Freikonserverativen, einiger Nationalliberalen und des Centrumsmittgliedes Jmwalde abgelehnt, im Uebrigen wird die Position angenommen.

Bei dem Titel „Staatsanwälte“ erhebt Abg. Cremer (Teltow) ausführlich Klage darüber, daß die

Staatsanwaltschaft das Vorhandensein eines „öffentlichen Interesses“ gelehnet und es abgelehnt habe, gegen den Abg. Richter einzuschreiten, der im Februar v. J. in einer Wahlversammlung ihn beschuldigt habe, sein Mandat für 20 000 Mark verschachert zu haben. Er habe schon 1888 öffentlich erklärt, daß jeder Verbreiter solcher Gerüchte ein elender Lügner und erbärmlicher Verleumder sei — hier sage er das natürlich nicht. (Weiterkeit.) Wenn in einem solchen Falle wie dem vorliegenden, wo der Vorwurf des Mandatschachers erhoben worden, kein öffentliches Interesse vorliege, dann wisse er nicht, was man darunter verstehe. Eine Privatklage gegen den Abg. Richter zu erheben, könne man ihm nicht zumuthen, da ja die Privatbeleidigungsklage etwas anrüchig geworden sei für zweifelhafte Elemente, sich ein gerichtliches Wohlverhaltenszeugniß ausstellen zu lassen.

Regierungskommissar Lucas erklärt, daß der Minister schleunigst der Sache näher treten werde. Er müsse jedoch erst den Bericht der Staatsanwaltschaft einfordern.

Abg. Richter bestreitet, daß er gesagt habe, Cremer habe 20 000 Mark für seine Person bekommen. Er habe nur gesagt, daß Cremer auf Einwirkung des Geheimen Rathes Rottenburg aus der Reichskasse von seinem Mandat zurückgetreten sei, und daß damit ein Betrag zusammenhänge, der für Wahlzwecke gegeben worden sei. Er habe diese Erklärung bereits als Zeuge in einem Prozeß abgegeben, welchen Cremer gegen den Berichterstatter der „Bosnischen Zeitung“ angestrengt, weil dieser von seiner (Richters) Rede einen Bericht gefertigt habe, der Unrichtigkeiten enthielt. Warum Cremer den Ausgang dieses Prozesses nicht abwartete, verstehe er nicht.

Das Kapitel wird bewilligt. Bei der Position „Gerichtsschreiber“ befürwortet Abgeordneter Stöcker eine Besserstellung der Aktuare und Gerichtsanwälte. Im Kammergerichtsbezirk seien 250 Aktuare, die noch nicht einmal Diätäre seien, obgleich sie 7, ja 8 Jahre bereits in Thätigkeit seien.

Reg.-Kommissar Eichholz giebt zu, daß die Lage der Aktuare einer Verbesserung sehr wohl bedarf. Eine Besserung verspreche er sich von der Vermehrung der etatsmäßigen Stellen, der Einführung der Dienstaltersstufen und der Erhöhung der Gehälter. Es werde auch in Zukunft festgesetzt werden, wie viel Anwärter überhaupt angenommen werden, damit für jeden die Erlangung einer festen Stelle in einer gewissen Zeit sicher gestellt werde.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Amtsgerichte“ befürwortet Abg. Dr. Graf eine bessere Unterbringung der Amtsgerichte in Elberfeld und Barmen. Namentlich der Zustand des Kantonsgefängnisses sei geradezu skandalös. Neubauten seien dringend nothwendig.

Reg.-Kom. Starke versichert, daß sobald als möglich Abhilfe geschaffen werden solle.

Abg. Munkel wünscht ein neues Amtsgerichtsgebäude für Charlottenburg.

Abg. Strombeck klagt über die zu lange Dauer mancher Strafkammer- und Schwurgerichtssitzungen. Ausnahmsweise könne es ja nöthig werden, über 7 Stunden ununterbrochen zu sitzen; das dürfe jedoch nicht die Regel werden. Einem übermüdeten Kollegium dürfe man nicht die Entscheidung über Freiheit und Leben unterbreiten.

Abg. Munkel schließt sich diesen Ausführungen an. Wie ermüdend schon eine 4stündige intensive Geistesarbeit wirke, zeige schon ein Blick auf dieses (fast leere) Haus. (Weiterkeit.)

## Berliner Brief.

Von Philipp Stein.

(Nachdruck verboten.)

Berlin, 1. Mai.

„Mag unser märkischer Sand noch so mager sein, die Bäume, die darin wurzeln, stehen fest!“ — diese Worte, die der frühere Minister v. Gossler heute beim Festbanket der Kunstausstellung gesprochen hat, sie gelten der Kunst, die auch in dem dürren Boden der Mark, auch an dem Strande der Spree eine Heimstätte gefunden hat. Es ist ihr nicht eben leicht geworden in dem kriegerischen Preußen und wer der heutigen Eröffnung der Internationalen Jubiläumskunstausstellung beigewohnt hat, mußte wirklich erstaunt sein, daß einst inter arma silent artes. Die heutige Ausstellungs-Eröffnung weckte wehmüthige Erinnerungen an die gleiche Feier im Jahre 1886. Damals hörten wir zum letzten Male den greisen Kaiser Wilhelm sprechen — rührend schlichte, aus der Empfindung des Augenblickes fließende Worte pietätvollen Gedächtnisses an den großen Friedrich. Damals haben wir zum vorletzten Male „unseren Fritz“ gesehen; wir standen an der eben eröffneten Oesteria, der lustig eigenartigen italienischen Künstlerkneipe — der Kronprinz fuhr langsam heran und als er die weinlaubumspinnene Oesteria erblickte, ein Wahrzeichen, des ihm so herzensliebsten Italien, da flog ein Lächeln freudiger Ueberraschung über seine edlen Züge und laut „Bravo, Bravo!“ rufend, klatschte er in die Hände. Noch einmal, beim griechischen Fest desselben Jahres, sahen wir den kunstliebenden Prinzen — es war das letzte Mal, daß er sich inmitten der Berliner Künstler gezeigt hat.

Die kunstsinigste Gattin des Unvergeßlichen ist Protektorin der diesmaligen Ausstellung. Am Arme des kaiserlichen Sohnes, der die weiße Uniform der Garde-Kürassiere mit dem Bande des Schwarzen Adler-Ordens und an dem linken Arme den schwarzen, der Trauer um Moltke geltenden Flor trug, betrat die Kaiserin Friedrich gegen 12 Uhr die Ausstellung und nahm auf der Estrade im Kuppelsaale Platz, ihr zur Rechten der Kaiser, zur Linken die Kaiserin Auguste Viktoria, die der Erbgroßherzog von Baden geführt hatte; daneben nahmen die Prinzess Friedrich Karl, Erbprinz und Erbprinzessin von Meiningen, die Prinzess Margarethe u. A. Platz. Fanfarenstöße waren erklingen, als der Hof durch die Phalanx der Bagen — Kunstakademiker in altdeutscher Tracht und blonder Berricke — die Ausstellung betreten hatte. Nun erschallte der von Prof. S. Hofmann komponirte Kaiserhymnus, von 150 Sängern der Liedertafel unter Begleitung von 140 Militärmusikern gesungen. Im Halbkreis vor der Kaiser-Estrade hatten Ausstellungsgenossen das diplomatische Korps, die Präsidien der Parlamente, die Minister, Hofchargen, Direktoren der Universität und der anderen Hochschulen, Vertreter der Akademie der Wissenschaften und Künste der Stadt Berlin und sehr zahlreich die hinter der Diplomatie aufgestellten — oder ver-

steckten? — Vertreter der hiesigen und ausländischen Presse. Im Ganzen eine sehr illustre und interessante Gesellschaft, in der manch feingeschnittener Charakterkopf zu längerem Studium einlud.

Als der Hymnus verklungen, trat Direktor Anton v. Werner vor und wandte sich in längerer Ansprache an den Kaiser und die kaiserliche Protektorin. In trefflicher Darlegung führte Werner, der keineswegs unser bedeutendster Maler, wohl aber der tüchtigste Kopf und der gewandteste und diplomatischste Redner unter den Berliner Künstlern ist, aus, wie sich hier zum friedlichen Wettkampfe die Künstler aller Nationen eingefunden hätten und es in diesem Kampfe nur ein gemeinsames Ringen Aller neben einander gebe und der Sieg des Einen nicht die Niederlage und Vernichtung des Andern bedeute. Der Wege, welche von den verschiedenen Richtungen der Kunst beschritten werden, seien viele, das Ziel aber, zu dem diese Wege führen, sei das eine und gleiche gewesen zu allen Zeiten. Ihm habe der Verein Berliner Künstler seit 50 Jahren nachgestrebt und er habe geglaubt sein Jubiläum nicht würdiger feiern zu können, als durch eine internationale Ausstellung. Dann gedachte Redner der beiden dahingegangenen ersten Kaiser des deutschen Reiches, des Ehrenmitgliedes des Vereins Moltke und brachte dann der Kaiserin Friedrich, dem Kultusministerium und allen Förderern der Ausstellung den Dank des Vereins dar.

Kaiserin Friedrich, sichtlich ergriffen von den auf sie einströmenden Erinnerungen, sprach mit leiser, kaum vernehmlicher Stimme einige Worte der Befriedigung über das Zustandekommen des schönen Werkes und ersuchte den Kaiser, die Ausstellung für eröffnet zu erklären. Nachdem dies geschehen, verließ der Kaiser seinen Platz, trat in den Kreis der Festversammlung und richtete in ungemein ritterlicher Lebenswürdigkeit Worte des Dankes an die hohe Protektorin. In weithin vernehmlichen Worten pries er den künstlerischen Sinn der hohen Frau und seines verstorbenen Vaters. Dieser künstlerische Sinn habe allein diesen Tag ermöglicht, der durch die Gegenwart der Kaiserin Friedrich verherrlicht werde. Dann brachte der Kaiser, chevaleresk mit der Linken den Helm schwenkend, ein Hoch auf die Protektorin aus. Jubelnd ward das Hoch von der Versammlung wiederholt. Ein von Werner ausgebrachtes Hoch auf den Kaiser und ein schwungvolles „Salvum fac regem“ schloß die sehr würdige Feier.

Während des nun folgenden mehr als einstündigen Rundganges des Hofes durch die Ausstellung war letztere für alle Welt — das Komitee ausgenommen — gesperrt, eine vom Hofmarschall im Gegensatz zu dem sonstigen Gebrauch angeordnete Maßregel, die das zahlreiche Publikum zwang, sich 1 1/2 Stunden die halbe Eskadron Garde-Kürassiere und die halbe Schwadron Garde-Mann anzuzeigen, die dem Bierspänner des Kaisers und dem sechs-spännigen Wagen der beiden Kaiserinnen vorangarritten waren. Die Helm- und Lanzenspitzen glitzerten in der strahlenden Mittagssonne — für militärfromme Gemüther zweifellos ein erhebender Anblick, aber wer gekommen

war, ein Werk des Friedens und der Kultur zu feiern, mußte von dem Anblick der zwei Stunden im Ausstellungspark kampirenden ca. 300 Reiter etwas überrascht sein. Auch die Eingänge des Ausstellungspalastes waren von Soldaten flankirt. Daneben machten sich überzahlreiche Schutzleute bemerkbar — es kam zu mancherlei sonderbaren Episoden. Einem Komiteemitglied, Professor Gussow, der wohl nicht genügend zahlreiche Orden trug, verweigerte ein Schutzmann den Eintritt in den Skulpturen-Saal; ein Reichstagsabgeordneter, der keinen Zylinder aufgesetzt hatte, zog sich fortgesetzt den Unwillen eines Schutzmannes zu und wäre von einem Lieutenant beinahe „sistirt“ worden.

Von dem militärisch-polizeilichen Nebencharakter der Feier verspürte man freilich nichts mehr, als kurz vor 3 Uhr mehrere hundert geladener Ehrengäste sich in dem großen Restaurant zum Festbanket zusammensanden — eine ungemein interessante internationale Gesellschaft. Durch das verhüllte Lichtdach huschte, als wir zu unserem Platz gingen, gerade ein neugieriger Sonnenstrahl in den Saal hinein und traf den mächtigen fahlen Schädel der großen kleinen Menzel, der eben eifrig mit Meister Knauß konferirte. Daneben saß Gossler, das Ehrenmitglied des Künstlervereins. Dann folgte Werner, dann der sehr sympathisch wirkende, geistvoll blickende neue Kultusminister Graf Zedlitz. Dann Munkacz, der große Ungar, der Belgier de Briandt — und so fort. Ein Verbrüderungsfest der Künstler ward hier gefeiert. Es sprach ein Ungar, ein Däne, ein Belgier, der alte Kostüm-Weiß, der eigenartige August v. Heyden, der unter dem Jubel der Anwesenden den um die Kunst hochverdienten Minister Gossler feierte. Graf Zedlitz versprach den Wegen seines Vorgängers auf dem Gebiete der Kunst zu folgen und ihm nachzustreben; Gossler, sich als einen nun „freien Mann“ bezeichnend, toastete auf das Ausstellungskomitee und pries Berlin als Heimstätte der Kunst. Sehr wirksam sprach wiederholt Anton v. Werner und selbst ein Münchener — Friedrich v. Uhde — macht Berlin sein Kompliment, auf das Zusammenwirken von Berlin und München toastend — eine etwas überraschende Kunde, denn München hat den Vorschlag, mit Berlin in den Ausstellungen zu alterniren, zurückgewiesen, hat die Wiener Künstler — freilich erfolglos — uns abspenstig machen wollen und hat die uns großendenden Norweger eilig an den Fjarstrand geladen. Aber in der glücklichen Banketstimmung nahm man auch den Uhdischen Trinkspruch fröhlich auf.

Sedenfalls hat Berlin wie auf diesem Fest, so auch in der Ausstellung die Pflichten des Wirths voll erfüllt. Es hat seine Künstler in die hintersten Räume verbannt, es hat den Fremden die besten Plätze eingeräumt und mit vollem Recht darf es den Dank acceptiren, den Munkacz aussprach, als er in seinem Trinkspruch für die Ungarn nicht nur in den Herzen, sondern auch in den Ausstellungssälen Berlins den gleich guten Platz, wie diesmal, auch für die Zukunft erbat.







Bremen, 1. Mai. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loto 6,40 Br. Rubig.

Afften des Norddeutschen Lloyd 120 1/2 bez. Norddeutsche W. Kammerei — Br.

Der Aufsichtsrath der Bremer Pferdebahn beschloß eine 8prozentige Dividende (gegen 5prozentige im Vorjahre).

Paris, 1. Mai. Produktmarkt. Weizen loto befestigt, per Mai-Juni 9,53 Gd., 9,55 Br., per Herbst 9,06 Gd., 9,08 Br. Hafer per Herbst 6,23 Gd., 6,25 Br. — Mais per Mai-Juni 1891 6,73 Gd., 6,75 Br., per Juli-August 6,90 Gd., 6,92 Br. — Kohlraps per August-September 16,70 Gd., 16,90 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 1. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen matt, per Mai 30,40, per Juni 30,10, per Juli-August 29,60, per September-Dezember 29,10. — Roggen ruhig, per Mai 20,00, per September-Dezember 19,70. — Mehl weichend, per Mai 63,90, per Juni 64,10, per Juli-August 64,60, per September-Dezember 64,40. — Hübel träge, per Mai 75,50, per Juni 76,25, per Juli-August 77,00, per September-Dezember 79,00. Spiritus behauptet, per Mai 41,75, per Juni 41,75, per Juli-August 42,25, per September-Dezember 40,25. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 1. Mai. (Schlußbericht.) Rohzucker 888 träge, loto 34,50 a 35,00. Weißer Zucker matt, Nr. 3 per 100 Kilo per Mai 36,25, per Juni 36,50, per Juli-August 36,75, per Oktober-Januar 34,75.

Savre, 1. Mai. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Piegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, per Mai 107,75, per September 104,00, per Dezember 94,75. Fest.

Savre, 1. Mai. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Piegler u. Co.) Kaffee in New York schloß mit 5 Points Haufe.

Amsterdam, 1. Mai. Getreidemarkt. Weizen auf Termine niedriger, per November 255. — Roggen loto und auf Termine unverändert Mai 191 a 192, per Oktober 178 a 179 a 178 a 177. Raps per Herbst — Hübel loto 34 1/2, per Herbst 33 1/2.

Amsterdam, 1. Mai. Java-Kaffee good ordinary 61 1/2.

Amsterdam, 1. Mai. Bancaoin 54.

Antwerpen, 1. Mai. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loto 16 1/2 bez. und Br., per Mai 15 1/2 Br., per Juni 16 Br., per Juli 16 Br., per Septbr.-Dezember 16 1/2 Br. Rubig.

Antwerpen, 1. Mai. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen ruhig. Hafer ruhig. Gerste unverändert.

London, 1. Mai. Chiff-Kupfer 51 1/2, per 3 Monat 52.

London, 1. Mai. 96pct. Javazucker loto 15 1/2 träge. — Rüben-Rohzucker loto 13 1/2 träge.

London, 1. Mai. An der Küste 3 Weizenladung angeboten. — Wetter: Regenreicher.

London, 1. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 31 760, Gerste 7590, Hafer 45 360 Orts.

Sämtliches Getreide mitunter stetiger, jedoch sehr ruhig, angekommener Weizen stetig, schwimmender fester, kontinentale Nachfrage, englischer träge, fremder weißer 1/2 — 1 lb. billiger; rother stetig. Mais schwach, russischer Hafer 1/4 lb. niedriger. Regenreicher.

Glasgow, 1. Mai. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers Warrants 46 sh. 7 1/2 d.

Bradford, 30. April. Wolle, ruhig aber stetig, in Stoffen ziemlich Begehr, Garne ruhig.

Liverpool, 1. Mai. Getreidemarkt. Weizen 1 1/2 d., Mais 3 d. niedriger, Mehl ruhig. — Wetter: Regen.

Glasgow, 1. Mai. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 512 088 Tons gegen 784 482 Tons im vorigen Jahre.

Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochofen beträgt 57 gegen 87 im vorigen Jahre.

Liverpool, 1. Mai. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Wuthmaßlicher Umsatz 8000 B. Rubig. Tagesimport 15 000 Ballen.

Liverpool, 1. Mai. Baumwolle. Umsatz 10 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 B. Rubiger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Mai-Juni 4 1/2, Verkäuferpreis, Juni-Juli 4 1/2, do., Juli-August 4 1/2, do., August-September 4 1/2, do., September-Oktober 4 1/2, Käuferpreis, Oktober-November 4 1/2, do., Nov.-Dezember 4 1/2, do., Dezember-Januar 4 1/2, do.

New York, 1. Mai. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 8 1/2, do. in New-Orleans 8 1/2. Raff. Petroleum Standard white in New-York 6,85—7,15 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,80—7,10 Gd. Rohes Petroleum in New-York 6,70, do. Pipe line Certificates per Mai 66 1/2. Leichter. Schmalz loto 7,00, do. Rohe u. Brothens 7,40. Zuder (Fair refining Muscovados) 3 1/2. Mais (New) per Mai 75 1/2. Rother Winterweizen loto 118 1/2. Kaffee (Fair Rio) 20. Mehl 4 D. 65 C. Getreidefach 1 1/2. — Kupfer per Mai — nominell. Rother Weizen per Mai 116 1/2, per Juli 111 1/2. Kaffee Nr. 7, low ordinär per Mai 17,77, per Juli 17,62.

New York, 1. Mai. Rother Winterweizen per Mai 1 D. 16 1/2 C. per Juni 1 D. 15 1/2 C.

Berlin, 2. Mai. Wetter: Schön.

### Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 1. Mai. An der heutigen Börse herrschte bei Beginn festere Haltung bei fast ausnahmslos gebesserten Kursnotierungen vor; bald nachher machte sich ohne bemerkbare Gründe Realisationslust geltend, und die große Mehrzahl aller Spekulationspapiere mußte wieder etwas nachgeben.

Bankaktien wurden reger gehandelt und konnten nach mehrfachen Schwankungen ihre etwas höhere Notiz behaupten, während inländische Eisenbahnaktien durchweg leichte Kurseinbußen erlitten; österreichische Transportwerte lagen zumeist recht fest, Dux und Buchstädter schwächer; schweizerische und italienische Bahnaktien bei ruhigem Handel wenig verändert, Warschau-Wiener abermals wesentlich besser bezahlt.

Spekulative Industrie-Effekten waren vernachlässigt, dagegen gingen alle Montanwerte lebhafter und anfänglich zu durchweg erhöhten Preisen um, mußten aber später einen Theil ihrer Kursgewinne wieder abgeben. Ausländische Fonds lagen bei kaum veränderten Preisen sehr still.

Die zweite Börsenstunde verlief und schloß nach kurzer Erholung in schwacher Haltung und mit größtentheils noch etwas ermäßigten Kursen, nur Norddeutsche Lloydaktien zogen auf starke Deckungskäufe an, während das Geschäft, Banken, Franzosen und Lombarden ausgenommen, noch unbedeutender wurde als vorher. Heimliche Staats-Anleihen bewahrten bei guten Umsätzen sehr feste Tendenz.

In- und ausländische Eisenbahn-Prioritäten hielten sich bei fast unveränderten Preisen still.

Der Kassamarkt zeigte bei besseren Umsätzen feste Haltung, und es wurden Bergwerke durchweg, von Industriewerthen Brauereien, sowie Baugesellschaften meist höher bezahlt. Privatdiskont 2 1/2 Prozent.

### Produkten-Börse.

Berlin, 1. Mai. In Folge des fruchtbareren Wetters eröffnete der Getreidemarkt in schwacher Haltung. Auf den Mangel an Waare und starke Deckungskäufe bei den Kommissionären trat aber bald eine Erholung ein, so daß Weizen und Roggen gegen den getriggen Schlusswerth wenig verändert sind. Hafer letzte ebenfalls billiger ein, überzschritt aber schließlich den getriggen Schlusswerth. Roggenmehl bei einigem Geschäft erheblich höher bezahlt. Hübel etwas matter. Spiritus war anfänglich auf Realisationen und Abgaben für hintere Termine im Allgemeinen schwach und niedriger, später aber etwas erholt, so daß die Preise um ca. 20 Pfg. niedriger schließen. Das Klablager läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen, die höchsten Tagen gehen nicht über 10 Millionen Liter hinaus.

Weizen (mit Ausschluß von Randweizen) per 1000 Kilogramm. Loto fest. Termine schließen fest. Gefündigt 350 Tonnen. Kündigungspreis 241 Mark. Loto 220—241 Mark nach Qualität. Lieferungsqualität 240 M., per diesen Monat 240—241,75 bez., per Mai-Juni — bez., per Juni-Juli 234,50—236,25 bez., per Juli-August 224—225,50 bez., per August-September —, per September-Oktober 209,5—211 bez.

Roggen per 1000 Kilogramm. Loto höher. Termine höher. Gefündigt —, Tonnen. Kündigungspreis —, Mark. Loto 182—200 Mark nach Qualität. Lieferungsqualität 197 M., per diesen Monat 196,75—196,5—200 bez., per Mai-Juni 195,25 bis 198,25 bez., per Juni-Juli 194,5—25—197,25 bez., per Juli-August 185,75—188 bez., per September-Oktober 179—180,75 bis 180,5 bez.

Gerste per 1000 Kilogramm. Fest. Große und kleine 150—185 M. nach Qualität. Futtergerste 150—165 M.

Hafer per 1000 Kilogr. Loto fest. Termine Anfangs flau, schließen höher. Gefündigt —, Tonnen. Kündigungspreis —, M. Loto 170—187 Mark nach Qualität. Lieferungsqualität 176 Mark, pommerischer, preussischer und schlesischer mittel bis guter 172—179, feiner 183—185 ab Bahn bez., per diesen Monat 171—172,25 bez., per Mai-Juni 169,25—171,5 bez., per Juni-Juli 169,5—171 bez., per Juli-August 159,5—160,5 bez., per September-Oktober 148,5 bis 150 bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Loto matter. Termine matt. Gefündigt —, Tonnen. Kündigungspreis —, Mark. Loto 172 bis 182 M. nach Qualität, per diesen Monat 158 bez., per Mai-Juni 153,75 bez., per Juni-Juli 153,25 bez., per Juli-August — bez., per September-Oktober 148 M.

Erbisen per 1000 Kg. Rohwaare 174—185 M., Futterwaare 162—170 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm brutto incl. Sacd. Termine höher. Gefündigt —, Sacd. Kündigungspreis —, Mark per diesen Monat 26,80—27,20 bez., per Mai-Juni 26,75—27,10 bez., per Juni-Juli 26,70—27 bez., per Juli-August 25,70—29 bez., per Septbr.-Oktober 24,70—80 bez.

Rübel per 100 Kilogramm mit Faß. Schwantend. Gefündigt 1800 Zentner. Kündigungspreis 61,10 Mark. Loto mit Faß —, loto ohne Faß —, per diesen Monat und per Mai-Juni 60,8—61,5 bez., per Juli-August —, per September-Oktober 63 bis 62,8—63,3 bez., per Novbr.-Dezember — bez.

Trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. brutto incl. Sacd. Loto 25,00 M.

Feuchte Kartoffelstärke per Mai 51,10 M. Kartoffelmehl per 100 Kilogr. brutto incl. Sacd. Loto 25,00 M.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Br. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt —, Br. Kündigungspreis —, Mark. Loto ohne Faß 71,4 bez., in einem Falle 71 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Br. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt —, Br. Kündigungspreis —, M. Loto ohne Faß 51,4 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt —, Br. Kündigungspreis —, M. Loto mit Faß —, per diesen Monat —

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Fest. Gefündigt 60 000 Liter. Kündigungspreis 51,10 Mark. Loto mit Faß —, per diesen Monat und per Mai-Juni 51,4—50,8—51,2 bez., per Juni-Juli 51,6—51,2—51,5 bez., per Juli-August 52—51,5 bis 51,9 bez., per August-September 52—51,5—51,9 bez., per Septbr.-Oktober 48,2—48,1—48,3 bez., per Oktober-November —, per November-Dezember — bez.

Weizenmehl Nr. 00 32,00—30,50, Nr. 0 30,25—28,75 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 27,25—26,50, do. feine Marken Nr. 0 u. 1 28,25—27,25 bez., Nr. 0 1 1/2, M. höher als Nr. 0 und 1 per 100 Kilo Br. incl. Sacd.

Table with multiple columns listing various financial instruments, exchange rates, and market data. Includes sections for Bank-Diskonto, Ausländische Fonds, Eisenbahn-Stamm-Aktien, Eisenbahn-Prioritäten, Hypotheken-Certifikate, and Industrie-Papiere.